

# Dem Informationszeitalter hinterher

Rissberger: Politik hat Dimension des Umbruchs noch nicht begriffen

Das digitale Zeitalter ist angebrochen. Weltweit befinden sich Gesellschaften mit allen Teilbereichen mitten im Übergang ins Informationszeitalter.

**Rostock (OZ)** In diesem Zeitalter, das von unendlichen Informationsströmen und deren globaler Vernetzung bestimmt wird, droht Deutschland den Anschluß zu verlieren. Eine Initiativgruppe von Führungskräften der deutschen Wirtschaft forderte die Politik jüngst auf, eine Strategie für den Durchbruch der neuen Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten zu entwickeln. Sprecher der Initiative Informationsgesellschaft D 21 ist Alfons Rissberger, einer der Geschäftsführer des Datenverarbeitungszentrums Mecklenburg-Vorpommern GmbH, Schwerin, (DVZ), dessen einziger Gesellschafter das Land M-V ist. OZ sprach mit ihm.

**OZ:** In den vergangenen fünf Jahren hat sich die Informations- und Kommunikationsbranche in Deutschland und M-V mit den neuen Techniken und Technologien rasant entwickelt. Das ist Ihnen zu wenig?

**Rissberger:** Ja. Denn es fehlt die politische Strategie,



Alfons Rissberger fordert bessere Bedingungen für neue Medien. Foto: privat

das gesellschaftliche Leben dem Stand der Technik anzupassen. Die Chefetagen in Politik und Wirtschaft haben die Dimension des Umbruchs noch nicht begriffen. Deshalb führt Deutschland den Übergang zur Informationsgesellschaft nicht an, sondern schwimmt höchstens im Mittelfeld.

Nur ein paar Fakten dazu: Die Zahl der Internet-Anschlüsse pro 1000 Einwohner beträgt in Finnland 88, in Deutschland 12. In den

USA nutzen 40 Prozent der Top-Manager das Internet, in Deutschland vier Prozent. In den USA sollen im kommenden Jahr alle Klassenzimmer einen Internetzugang haben, in Deutschland nur jede Schule. In Frankreich, Großbritannien und den USA wachsen die Ausgaben für Informations- und Kommunikationstechnologien pro Jahr und Kopf um zweistellige Prozentzahlen, in Deutschland sind sie 1998 um rund sieben Prozent zurückgegangen.

**OZ:** Was müßte Ihrer Meinung nach getan werden?

**Rissberger:** Die Regierung muß Rahmenbedingungen schaffen. Das heißt: Keine Besteuerung für den Internet-Handel, angemessener Datenschutz, Reduzierung der Überwachungsmaßnahmen, Senkung der Internet-Zugangskosten.

Der Staat muß die Vorreiterrolle auf dem Weg in die Informationsgesellschaft übernehmen. An allen Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst sollten vernetzte PC und das Internet genutzt werden. Alle staatlichen Stellen müssen Informationen und Veröffentlichungen im Internet anbieten. Ausschreibungen staatlicher Stellen erfolgen im Internet, Steuererklärungen, Patentanmeldungen müßten über das Internet abgewickelt werden. Gesetzesvorhaben,

Protokolle von Ausschusssitzungen usw. müssen online einsehbar sein, die Bürger müssen über das Internet in Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Jeder Schüler, Student und Lehrer bekommt einen PC mit Internetzugang. Bildung und Lehre werden durch interaktive Lernprogramme bestimmt. Voraussetzung: Der Einsatz von PC und Netz muß zur Chefsache erklärt werden.

**OZ:** Warum muß der Staat eine Technologie durchsetzen? Schafft das nicht der Markt allein?

**Rissberger:** Sicher schafft das der Markt. Ein Flugticket, das man im Netz bucht, kostet ein Achtel weniger als im Reisebüro. Ebenso ist es mit Online-Transaktionen bei der Bank. Wenn alle im Internet kaufen, wird der Großhandel überflüssig. Ein Experte rechnete unlängst vor, daß rund sieben Millionen Jobs wegfallen würden, wenn die technischen Möglichkeiten breit genutzt werden würden. Wenn also Deutschland nicht neue Arbeitsplätze in der Informationswelt schafft, um zum Exporteur geistiger Güter zu werden, dann werden das andere Nationen tun. Schiffbau, Kohle und Landwirtschaft werden subventioniert, warum nicht auch Zukunftstechnologien?

Interview: E. KOEPKE